

Barbara Majd Amin

**Rede Antikriegstag, 1. September 2020 , Berlin, Platz des 18. März am
Brandenburger Tor**

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,
am vergangenen Wochenende fand in Potsdam eine Veranstaltung statt. Ihr Titel "75
Jahre Potsdamer Konferenz - Höchste Zeit für Neubesinnung auf Entspannung und
friedliche Zusammenarbeit«.

Die Stadt Potsdam sah sich veranlasst, die Raumgenehmigung im Museum Potsdam
zu widerrufen. Begründung: Programm und Teilnehmer der Veranstaltung seien "zu
russlandlastig".

Was für ein beschämendes Verständnis von Entspannung und friedlicher
Zusammenarbeit! Was für ein Beleg aber auch für die Wirksamkeit des Feindbildes
Russland – bis in die kleinsten Amtsstuben. Umso wichtiger ist es, dass wir nicht
zurückstecken, sondern protestieren und dieses Feindbild zurückweisen.

Nie wieder Krieg! - an diese Forderung als Lehre aus dem 2. Weltkrieg wollen wir
mit unserer Kundgebung erinnern. Aber darüber hinaus muss sich unser Blick auch
auf das heute richten.

Und da müssen wir feststellen: 81 Jahre nach dem am 1. September 1939 vom
faschistischen Deutschland begonnenen und zu verantwortenden Krieg, wird
hierzulande in einem nie dagewesenen Ausmaß aufgerüstet....Lühr Henken hat das in
seiner Rede ausführliche dargelegt.

Die Notwendigkeit dieser immensen Aufrüstung wird mit eben diesem Russland-
Feindbild begründet, auf das ich anfangs hinwies.

Russland wird zum Feind erklärt, der nur durch Aufrüstung und ständige
Militärmanöver an seinen Grenzen von seinen 'Eroberungsplänen' abgehalten
werden könne.

Neben Verdächtigung, Dämonisierung, Diffamierung Russlands wird zunehmend

auch Fälschung der Geschichte betrieben:

Geschichte wird umgeschrieben oder die Vorgeschichte aktueller Krisen wird ausgeblendet....so lange, bis sie für diese Aufrüstungs-Politik die Rechtfertigung abgibt.

Dafür drei Beispiele aus den letzten zwei Jahrzehnten.

Von der Zusage 1990 gegenüber Gorbatschow, die NATO nicht über Deutschland hinaus nach Osten zu erweitern, will heute kaum ein westlicher Politiker mehr etwas wissen. Man leugnet, dass es eine solche Zusage gegeben hat.

Die Verletzung dieser Zusage durch die aggressive Erweiterung der NATO nach Osten aber ist der Kern aller weiteren Konflikte mit Russland.

Beispiel Georgien

Noch 10 Jahre nach dem Georgienkrieg heißt es z.B. im Tagesspiegel (10. Aug. 2018)

"Die EU muss endlich Russlands aggressives Verhalten im Südkaukasus konsequent verurteilen – und angemessen sanktionieren."

Tatsache ist doch, dass Georgien diesen Krieg 2008 begonnen hat, ermutigt durch EU und NATO. Sie haben das Land jahrelang mit den Versprechen auf Mitgliedschaft und Wohlstand umworben und in Gegnerschaft zu Russland gebracht. Eine Gegnerschaft, die bis heute anhält. Wer diesen Teil der Geschichte weglässt, verfälscht sie für seine Zwecke.

Beispiel Ukraine

Auch hier wird die gesamte Vorgeschichte ausgeblendet, das Umwerben durch EU und NATO – gegen die historischen Verbindungen zu Russland. Über dem zivil klingenden Wort "Maidan", was ja nur einfach "Platz" bedeutet, und mit dem Schlagwort 'Krim' soll die Tatsache vergessen werden, dass 2014 ein Putsch unter maßgeblicher Beteiligung bewaffneter faschistischer Gruppen stattgefunden hat. Es soll vergessen werden, dass der Westen Verantwortung für diese Entwicklung hat - und dass aus diesem Putsch Regierungen hervorgingen, die mit ihren Gesetzen die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine ihrer Rechte als Bürger des Landes beraubte.

Das erschreckenste Beispiel ist meiner Meinung nach die Geschichtsverdrehung in Bezug auf den Beginn des 2. Weltkriegs.

Die Herrschenden setzen alles daran, die Alleinverantwortung des faschistischen Deutschland für diesen Krieg in Vergessenheit geraten zu lassen. Die Anerkennung der Rolle der Roten Armee bei der Befreiung von Faschismus und Krieg wird gleich mit entsorgt..

Das ist nicht geschichtsvergessen, es ist Geschichtsrevisionismus.

Unlängst hat das EU-Parlament zum wiederholten Mal mit dieser Absicht einen Beschluss gefasst. In der EntschlieÙung mit der Bezeichnung "Zur Bedeutung des euroäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas" – in dieser EntschlieÙung wird die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg nicht nur relativiert, sondern die Sowjetunion wird zum gleichermaßen Schuldigen an diesem Raub- und Vernichtungskrieg erklärt.

Nicht mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. 9. 1939 habe der Krieg begonnen, sondern mit dem Nichtangriffsvertrag zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjetunion, der einige Tage zuvor unterzeichnet worden war.

Für wie dumm halten sie uns? Ein solcher Krieg entsteht innerhalb einer Woche??? Ohne Vorgeschichte? Ohne massive vorherige Aufrüstung und Aggression durch das faschistische Deutschland?

Die EU-Parlamentarier haben damit die gesamte Vorgeschichte des Krieges ausgeblendet, u.a. die Einverleibung Österreichs, das Münchner Abkommen und die Zerschlagung der Tschechoslowakei, die Appeasementpolitik des Westens, die vergeblichen Bemühungen der Sowjetunion, ein Militärbündnis mit England, den USA und Frankreich zur Abwehr des drohenden Krieges einzugehen.

Mit Mut zur Lücke haben die EU-Parlamentarier auch geflissentlich übersehen, welche Länder – sicher aus Sorge um ihr Land - vor diesem 23. August mit Deutschland Nichtangriffs- oder Freundschaftsverträge abgeschlossen haben: z.B. Nichtangriffsvertrag Polen-Deutschland (1934-39), Freundschaftsvertrag Frankreich-Deutschland (1938).

Das EU-Parlament hat mit seiner EntschlieÙung den Unterschied zwischen Opfern

und Tätern eingeebnet, ja es hat die Opfer zu Tätern gemacht....um seine aggressive Politik gegen Russland zu rechtfertigen. Dagegen protestieren wir aufs Schärfste! Russland ist nicht unser Feind, sondern ein Nachbar, mit dem wir in Frieden leben wollen – deshalb verlangen wir :

Schluss mit Militärmanövern an der russischen Grenze, mit der Sanktionspolitik und den Provokationen gegen Russland!

Es gibt nur einen Weg, den Frieden zu erreichen und zu sichern:

Ehrliche Verhandlungen, Verträge zur Vertrauensbildung, zur Rüstungskontrolle und zur Abrüstung.

Es gibt keine Alternative zu Verständigung und Abrüstung – und spätestens in Coronazeiten wissen wir alle nur zu gut, wofür das so freiwerdende Geld benötigt wird: für das Gesundheitswesen, für Bildung, für Soziales, für den gesamten Bereich der Daseinsvorsorge.

Lasst uns dafür argumentieren, werben, kämpfen....jeden Tag!!!